



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

466 (10.10.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205854](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205854)



Verhandlungen über das Ausgleichsverfahren

Die Berliner Blätter melden, haben am Samstag und Sonntag Verhandlungen im Wiederaufbauministerium mit den französischen und englischen Vertretern der Ausgleichsämter über die Neuregelung der Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren stattgefunden.

Der Landesverratsprozess Fehdenbach

Die moralische Hinrichtung des Angeklagten Lembke

In der nicht öffentlichen Verhandlung wurde nach Beendigung der Verlesung der unter Anklage gestellten Berichte Fehdenbachs in die Verlesung der von dem Angeklagten Lembke gelieferten Berichte eingetreten. Lembke hatte dem Büro Gargas einen Bericht im November 1921 und weitere 22 Berichte seit dem Frühjahr 1922 bis zu seiner Verhaftung geliefert.

Im Anschluß an die Verlesung der Berichte Lembkes ergab sich, daß sowohl Gargas als auch Czopa überall, wo sie weilten, Empfänge von Politikern, Abgeordneten und Redakteuren aller Parteirichtungen veranstalteten und die hierbei gewonnenen Informationen sofort in Berichten nach Rotterdam weiterleiteten.

Bei den dem Angeklagten am schwersten belastenden Berichten, einem angeblichen Geheimprotokoll über eine vertrauliche Sitzung, gestand der Angeklagte ein, daß er dieses "Protokoll" in Form eines Stimmungsberichts selbst geschrieben hat.

Die Senzation der Nachmittagsverhandlung bildete die Feststellung des Vorsitzenden, daß der Angeklagte Lembke seine Tätigkeit für das Büro Gargas am 3. Juli beendet hat, also an dem Tag, an dem der Hochverräter Freiherr Hubert von Bopprechtling zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

Pressespiegel

Zur Auswahl von Aussagen aus deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften, unbeschadet der eigenen Zielsetzung der Zeitschrift, lediglich vom Gesichtspunkt der Unterhaltung unserer Leser.

Auf die notwendige Umstellung monarchischer und sozialistischer Ideale macht Friedrich Wienhard im Jubiläumshft des "Türmers" aufmerksam:

Was auch die bisherige monarchische Idee zusammengebrochen sein: dasselbe gilt von der bisherigen marxistischen Idee. Auch die Sozialdemokratie, die auf eine Weltrevolution hoffte, ist am nationalen Prinzip zerfallen.

In einer in den "Deutschen Stimmen" erschienenen außerordentlich zum Nachdenken stimmenden Artikelreihe "Der Niedergang unserer Kultur" kennzeichnet der Verfasser, der volkspolitische Landtagsabg. Prof. Dr. Schuster den Rückgang der Heimkultur und die gemütsverarmende Wirkung der Großstädte mit folgenden leider nur allzusehr treffenden Worten:

Deutsches Reich

Die Versicherungsbeiträge der Angestellten

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten teilte die Regierung folgende Beschlüsse über eine Beitragstabelle mit: Gehaltsklasse 1 (bis 3000 M.) 35 M., Gehaltsklasse 2 (bis 10000 M.) 70 M., Gehaltsklasse 3 (bis 21600 M.) 125 M., Gehaltsklasse 4 (bis 39600 M.) 215 M., Gehaltsklasse 5 (bis 72000 M.) 365 M., Gehaltsklasse 6 (bis 172800 M.) 765 M., Gehaltsklasse 7 (bis 334000 M.) 1560 M., Gehaltsklasse 8 (536800 M.) 2800 M., Gehaltsklasse 9 (über 536800 M.) 4830 M.

Die Neuregelung des Beamtenechts

Unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Drews wurden am Montag die Verhandlungen über den Entwurf eines neuen Beamtenechts zu Ende geführt. Wesen der Eidesleistung einigte man sich dahin, daß der Beamte, der sich weigert, den Eid auf die Republik zu leisten, durch Spruch der Disziplinar-Kammer aus dem Amt entfernt werden kann.

Seine Ausführungen fanden die Zustimmung der Mehrheit; eine Minderheit, besonders der Vertreter des Deutschen Beamtensyndikats verlangte das Streikrecht für den Beamten wie für jeden anderen Arbeitnehmer.

Das Ergebnis der Konferenz werden in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt werden, der dem Reichstag und dem Reichsrat vorgelegt werden soll.

\* Zum Schluß der Republik findet laut Volk. Ztg. eine Neu-Deutung sämtlicher Disziplinar-Kammern statt. Die Neuordnungen sollen am 31. Oktober beendigt sein.

\* Der kommunalpolitische bayerische Landtagsabgeordnete Otto Geis-Rüchlin ist mit einem Teil des ehemaligen Redaktionsstabes der von Kurt Eisner gegründeten "Neuen Zeitung" und einer Anzahl Funktionäre zur sozialdemokratischen Partei übergetreten.

\* Das dänische Kabinett ist wegen der scharfen innerpolitischen Kämpfe zurückgetreten.

\* Dem neuen Berliner französischen Botschafter, Pierre Jacquin de Margerie ist das Agrément der deutschen Regierung erteilt worden.

Badische Politik

Die Einigung in der Sozialdemokratie Badens

Der Bezirksverband Baden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht in der Presse ein Schreiben, das der Parteivorstand an den Landesverband der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Baden gerichtet hat.

Landbund und Gemeindevahlen

Der badische Landbund hat zu den bevorstehenden Gemeinde- und Kreis-, sowie Bezirks- und Kreiswahlen ein Rundschreiben in seiner Wochenzeitschrift "Der Landwirt" erlassen, worin den Organisations- und Aktionsmaßnahmen freigestellt wird, in welcher Weise sie sich an den genannten Wahlen beteiligen wollen.

Streiflichter

In den "Streiflichtern" der Samstagabendausgabe war der Brief eines jüdischen Kommunisten erwähnt, der sich beklagt gegen die "schlimme" Meinung zum Eigentum und zu bürgerlichem Wohlstand bei Kommunisten und namentlich bei den Bauern wandte.

Die Freude über den Neubau des sozialistischen Turms gahnte nur Wenigen kalten Blick für überraschende Risse, die sich unter kurzer Explosion zeigten. Risse, nicht nur am neuen, maßstabgerechten Bollwerk, Risse auch in der Ganzheit der proletarischen Bewegung.

Wer gemohnt ist, die Menschen so zu nehmen wie sie sind und nicht, wie man sie gern haben möchte, wird sich über diese Ermahnungen innerhalb der Arbeiterschaft nicht wundern.

Letzte Meldungen

Straffreiheit für Smeets

Paris, 9. Okt. Die Rheinlandkommission hat nach Prüfung der Akten über die Prozesse gegen den Redakteur Smeets entschieden, daß die ausgesprochenen Urteile nicht vollstreckt werden dürfen.

Die Begründung des Verbots, schreibt die "Allg. Ztg." dazu, wird man abwarten müssen, gelagt werden darf aber jetzt schon, daß ein Mann von den engen Begriffen des Smeets daraus die Folgerung ziehen wird, daß er in Zukunft in dem Wochenblatt Rheinische Republik alle Beschimpfungen gegen Preußen und das Reich, gegen preussische Beamte und Beamte des Reichs schießen darf, die ihm beliebt.

\* Friedrichshafen, 9. Okt. Profurist Egger von der Riestransportfirma Wöhrer in Dangenargen, der Mitte September wegen Schmuggels in Haft genommen worden war, erhielt vom Schöffengericht Teisingen 6 Monate Gefängnis und 30000 M. Geldstrafe.

\* Darmstadt, 9. Okt. Eine empfindliche Strafe hat das Finanzamt gegen den Schweinehändler Hochmann von der Bornstraße bei Pfungstadt verhängt. Er wurde wegen Umjaugerhinderung im Jahre 1920/21 zu 122 796 30 Geldstrafe verurteilt.

Berlin, 9. Okt. Nach einer Meldung der Deutschen Wagn. Zeitung aus Düsseldorf ist in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in Oberkassel, das von den Belgiern besetzt ist, ein deutscher Zivilist von einem belgischen Soldaten durch einen Halsstreich lebensgefährlich verletzt worden.

Berlin, 10. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die "Deutsche Ztg." zu berichten weiß, hat sich der bekannte Redakteur des Staatsgerichtshof als Zeuge zur Verfügung gestellt, um durch sein Zeugnis den Zusammenhang der Wardsache mit den belgischen Wardsachen zu ermöglichen.

Jeher hat entbehren müssen. Vielleicht haben sie selber es nicht sehr empfunden, weil sie es nie anders erlebt hatten. Das hätte uns aber doch nicht hindern sollen, auch in dieser Hinsicht soziales Mitgefühl zu beweisen und daraus praktische Folgen zu ziehen.

Bom Niedergang der Kultur werden neben anderen zwei Stände besonders getroffen: die Hausbesitzer und die Kleinrentner. Ihnen widmet der "Hannoversche Kurier" in einem Artikel "Bermögenszerstörung" folgende Worte:

Es gibt in Deutschland heute höchst bedauerlicherweise zwei Klassen von Staatsbürgern, die vom Schicksal und von denen, die es lenken, ganz verschieden behandelt werden. Zu der Klasse, die sich alles gefallen lassen muß, gehören beispielsweise auch die Hausbesitzer. Das Reichsmietengesetz nützt ihm nichts. Die Jahresmiete für eine große Wohnung deckt heute noch nicht die Anschaffungskosten für einen einzigen Stuhl.

Anmerkung der Schriftleitung: Die Wohnungsnot tritt in erster Linie den Mieter, aber für den Hausbesitzer gilt tatsächlich das jüngst in Mannheim geprägte Wort: "Die Sozialisierung des Hausbesitzes ist bereits erfolgt mit dem Unterschied, daß der Besitzer den Frontdienst der Hausverwaltung unentgeltlich zu leisten hat."

### Wirtschaftliche Fragen. Die Zahlungsmittelnot

Die Zahlungsmittelnot, die sich schon Ende August sehr empfindlich fühlbar machte, hat sich an der Quartalswende in verschärfter Weise erneuert. Bis dahin, so läßt sich einander auch jetzt die Zahlungsmittelproduzenten — Reichsbank und Reichsdruckerie — und die Zahlungsmittelkonsumenten — Privatbanken, Industrie und Handel — gegenseitig die Schuld zu. Die Reichsbank erklärt, sie habe alle erdenkliche Sorge für den Zahlungsmittelbedarf des Wirtsch. getroffen; die Reichsdruckerie arbeite in drei Schichten ununterbrochen ohne Sonntagsruhe und fast in jeder größeren Stadt des Reichs seien — trotz aller technischen und organisatorischer Schwierigkeiten und Bedenken — Privatdruckerien zur Hilfe herangezogen. Die Privatbanken und die industriellen Unternehmungen, die ihren Banknotenbedarf nicht befriedigen und Notgeld verwenden oder selbst drucken oder ihre Angestellten und Arbeiter für einen Teil der Gehalts- und Lohnzahlungen auf einen späteren Termin verdrängen müßten, antworten, daß die Reichsbank über die Verteilung der neuen Geldscheine sehr schlecht disponiert haben müsse, wenn tatsächlich, wie sie behauptet, genug gedruckt werde. Die Reichsbank repliziert, daß die beste Disposition nichts nützen könne, wenn Papiergeld in riesigem Umfange nach dem Markt werde und wenn Banken und Industriebetriebe enorme Kassenbestände aufhäufen. Daraus erwidern wieder die privaten Unternehmen, daß sie gezwungen seien, ihre Kassenbestände nach Möglichkeit zu vergrößern, weil sie sich nicht darauf verlassen könnten, auf Bank- oder Reichsbankguthaben prompt die Notbeträge zu erhalten, die sie brauchen, um ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn man ihnen ohne Rücksicht auf die Größe ihrer Guthaben 5 oder 10% der Summen anbiete, die sie verlangten, so bleibe ihnen gar nichts anderes als eine möglichst ausgiebige Vorverforgung übrig. Die Kassenbestände würden sich gleich verteilen, wenn man die Sicherheit habe, im Rahmen seiner Guthaben und im Betrage seines Bedarfs ohne Schwierigkeiten und ohne Bezug Barmittel zu bekommen.

Bermutlich spielt die „Schuld“ auf beiden Seiten keine entscheidende Rolle. Die Reichsbank beruft sich wahrheitsgemäß mit Recht darauf, daß sie ihre technischen Anstrengungen nach Kräften geleistet habe und ihre Kunden beklagen sich zweifellos gleichfalls mit Recht darüber, daß sie von ihr nicht genug Geldscheine erhalten können. Das Tempo, in dem Teuerung und Zahlungsmittelbedarf neuerdings zunehmen, ist eben so rapide, daß die Zahlungsmittelproduktion auch beim besten Willen und bei eifrigster und zweckmäßigster technischer Durchführung nicht folgen vermag. Es liegt in der Natur des Mißverhältnisses, das zwischen Zahlungsmittelbedarf und Zahlungsmittelherzeugung entstanden ist, daß dieses Mißverhältnis sich durch seine eigenen unmittelbaren Auswirkungen gewissermaßen automatisch selbst steigert. Weil Zahlungsmittelknappheit besteht, sucht jedermann sich ihren unangenehmen und unter Umständen mehr als unangenehmen Folgen für seine eigene Person oder seinen eigenen Betrieb zu entziehen, indem er, soweit das irgend geht, sich über seinen unmittelbaren und augenblicklichen Bedarf hinaus Geldscheine anfordert und ansonst. Daß das Hamstern eines Papiergelds, das so wenig Wertbeständigkeit zeigt, wie das gegenwärtige deutsche, ein sehr zweifelhaftes Geschäft ist, haben nachgerade wohl die meisten eingesehen und vor dem Beginn der jetzigen Zahlungsmittelnot sind Reichsbanknoten wohl nur auf dem Grunde in größerem Umfange gehamstert worden. Aber sowie Papiergeld, das doch für den inneren Verkehr immerhin noch Bargeld ist, knapp wird, legt die Hamsterei logischer auch dort ein, wo man ganz genau weiß, daß die Papiermark von 1922 ein sehr schlechtes „Bewahrungsmittel“ ist. Denn sie dient jetzt der Sicherung der Abwicklung unmittelbar bevorstehender Geschäfte oder der Erfüllung in nahe Zukunft fälliger Verpflichtungen, die ohne solche Abwicklung von Barmitteln durch die Geldmangelknappheit nicht erfüllt oder unmöglich gemacht werden könnten.

Zur Hamsterei gesellt sich allerdings die „Flucht aus der Mark“, die ohne Zweifel gerade jetzt wieder größeren Umfang angenommen hat. Soweit der Besitzer von Papiergeld „in die Sachwerte flieht“ — also in Waren, Aktien oder sonstige Unternehmungskontrollen — wird durch die Zahlungsmittelnot nicht verhindert; die Geldscheine gehen nur von einer Hand in die andere und in gewissen Umfang wird durch diesen Prozeß sogar gehamstertes Papiergeld aus seinen Verstecken hervorgeholt. Aber außer der Flucht in die Sachwerte gibt es ja bekanntlich auch eine Flucht in fremde „hochwertige“ Devisen und Banknoten. Viele Leute, die etliche Tausende, Zehntausende oder Hunderttausende von Papiermark erübrigt haben, verzichten einfach auf den Zinsgenuß, der ja praktisch ohnehin kaum ins Gewicht fällt, und tauschen sich einfach Dollars, Pfundnoten oder schweizerische Kronen, weil sie wissen oder glauben, daß diese Zahlungsmittel wirkliche „Bewahrungsmittel“ sind, daß sie ihren Wert behalten, wenn die deutschen Wirtschaftsverhältnisse sich weiter verschlechtern und die deutsche Mark weiter fällt. Die Argente, Gewinne oder Ersparnisse in inländischen Aktien anzulegen, hat in den letzten Monaten ein Publikum stark abgenommen, weil die Ertragskraft gezeigt hat, daß im allgemeinen weder die Steigerung der Aktienkurse noch die der Dividenden mit der Geldentwertung auch nur annähernd gleichen Schritt hält. Und festverzinsliche Werte erwerben ja doch überhaupt nur diejenigen, die noch nicht verzinst haben, doch man in einer Zeit fortgesetzten Währungsverfalls für nominal gleichbleibende Darlehenssummen nur Schuldner, nicht Gläubiger sein darf.

### Badisch-pfälzische Kunststätten

#### Ein Gang durch die Frankfurter Kunstmesse

Wenn die länderumspannenden Pläne des Frankfurter Reichsausschusses Zeit- und Kulturnotwendigkeit dünken — und das sind sie aus innerer Berechnung —, den kann es nicht wunder nehmen, in der Frankfurter Kunstmesse, die der Handelsmesse ja immer angegliedert ist, eine Sonderausstellung anzusetzen, die den ästhetischen und höchsten Kulturwerten eines bestimmten deutschen Landesgebietes gewidmet ist. Die Ausstellung Badisch-pfälzische Kunststätten. Aus dieser Veranstaltung des Reichsausschusses geht ohne weiteres hervor, daß den Beziehungen zwischen Baden und dem Rheinpfalz immer mit eingeschlossen und Frankfurt a. M. große Bedeutung beigemessen wird. Aus den Worten, die der Direktor Sutter gestern nachmittag in Bürgerhalle des Frankfurter Rathauses an eine Versammlung badischer Vertreter richtete, ging denn auch der Wunsch hervor, diese Beziehungen in stärkerer Weise als bisher zu pflegen. Baden vor allem müsse und könne daraus auch große Vorteile ziehen. Es müsse darauf bedacht sein, die Frankfurter Messe für sich besser auszunutzen. Der Strom der Messebesucher müsse auch nach Baden gelenkt werden, das als kulturreichstes der Reichsgebiete es auch verdiene, von allen aufgeführt zu werden, die schon einmal bis nach Frankfurt seien. Durch die Vertiefung der Fränkischen- und Herbstveranstaltungen, die in Mannheim, beziehungsweise Karlsruhe von nun an so regelmäßig stattfinden sollen, mit der Frankfurter Messe und durch eine entsprechende Propaganda wäre dieser Plan vielleicht am besten zu verwirklichen, und Direktor Sutter schlug die Bildung eines badisch-pfälzischen Beirats vor. Dr. Haukelein nahm für die Handels- und Handwerkskammer diesen Vorschlag sehr warm auf und versprach ihm die nachdrücklichste Beförderung; im gleichen Sinne äußerte sich Stadtrat Dr. Bartsch als Vertreter des Badischen Verkehrsverbandes. Dr. Bartsch schloß sich den beiden Beiratsmitgliedern an und sprach die Erwartung aus, daß die Frankfurter Messebesucher dann auch mit den badischen Handels- und Industriekreisen in die erwartete persönliche Verbindung kommen werden. Auf allgemeines Verlangen erklärte sich Dr. Haukelein namens der Handelskammer bereit, die erforderlichen Schritte zur Gründung des Badisch-pfälzischen Beirats unverzüglich zu unternehmen.

Unter solchen Voraussetzungen und Aussichten gewinnt die Ausstellung Badisch-pfälzische Kunststätten ganz wesentlich an Bedeutung. Jedenfalls ist sie dieses Augenblicks wegen höher einzuschätzen als um ihres tatsächlichen Wertes willen. Wie Direktor Sutter und nach ihm Dr. Rübels, der Erbauer der Ausstellung, offen erklärten, ist diese Kunst- und Kulturschau leider nicht so aus-

gestaltet, wie sie geplant war. Zu den Schwierigkeiten des Verbands gesellte sich eben auch eine unangenehme Unentschiedenheit verschiedener Gemeinden, Sammlungen und Privatbesitzer, und das hatte zur Folge, daß in vielen Fällen, wo es möglich gewesen wäre, den Gegenstand selbst auszustellen, nicht dieser, sondern nur ein Bild davon in die Ausstellung gelangen konnte. Der Energie und der großen Sachkenntnis Dr. Rübels ist es daher in erster Linie zu danken, wenn der Rahmen der Ausstellung dennoch sehr weit gezogen werden konnte, wenn es empfindliche Lücken nicht gibt und wenn der fremde Besucher eine klare und verlockende Vorstellung von den badisch-pfälzischen Kunststätten und ihren Sehenswürdigkeiten und unerlässlichen Werten erhält. Die Anordnung des Materials in den Prunkräumen des Ritters, im Kaiser- und Kurfürstensaal, verdient uneingeschränkt Lob.

### Die badische Landesindexziffer

Die vom Statistischen Landesamt Baden aus den Teuerungszahlen (ohne Bekleidung) von durchschnittlich fünfzig badischen Gemeinden berechnet wird, ist im September 1922 auf 11560 (Friedensstand gleich 100), d. h. auf das 115fache gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Monat August ds. Js. beträgt somit 60,4 Prozent. (Die Reichsindexziffer betrug im September 11376. Die badische Indexziffer ist also auch weiterhin höher als die Reichsindexziffer.)

Die vom Statistischen Landesamt herausgegebene neueste Darstellung über die Teuerung in Baden läßt erkennen, daß im September ds. Js. die Zunahme der Teuerung eine weit größere war als im August ds. Js. So stieg die Teuerungszahl von Mannheim im Juli auf August ds. Js. um 32,9 v. H., von August auf September aber um 65,2 v. H.; in Karlsruhe erhöhte sich von August auf September die Teuerungszahl um 69,6 v. H. (von Juli auf August um 29,5 v. H., in Freiburg um 61,8 v. H., (47,1 v. H.), in Pforzheim um 60,2 v. H. (23,5 v. H.), in Heidelberg um 56,3 v. H. (30,5 v. H.), in Konstanz um 55,1 v. H. (46,4 v. H.), in Baden-Baden um 45,3 v. H. (46,0 v. H.). Die höchste Teuerungszahl hat diesesmal Freiburg aufzuweisen, die niedrigste Todtnau. Weiter wird festgestellt, daß sich die Preise im Monat September gegenüber dem Monat August ds. Js. um nahezu Zweidrittel erhöhten.

### Städtische Nachrichten Ein Beschäftigungsvormittag

Die Preisprüfungs-Kommission folgte einer Einladung des Bürgermeisters zum Beschäftigungsvormittag in der städtischen Wohnung des Reichsausschusses für den inneren Verkehr. Der erste Besuch gestern früh galt der Mannheimer Milchzentralfabrik U. G. Wir können uns ein näheres Eingehen darauf ersparen, da wir erst kürzlich gelegentlich der Uebergabe des neuen Verwaltungsgeländes der Milchzentrale berichtet haben. Besagte Milchfabrik aber ist, wie es sehr zweckdienlich war, auch dieser Kreis von Personen, — gekommen waren ausschließlich Verbrauchervertreter — einmal den ganzen Weg verfolgen zu lassen, den die für Mannheim bestimmte Milch vom Augenblick der Anfuhr an bis zur Ausgabe an die Milchhändler durchläuft. Die Teilnehmer an der Beschäftigung hatten auch Gelegenheit, sich von der Richtigkeit der hier eingeführten Kontrollsysteme zu überzeugen, das jeden Milchfässer über kurz oder lang überführen muß.

Von der Milchzentrale aus ging es in den Viehhof, wo Herr Direktor Dr. Fries überhand wenig Erreutes zu sagen hatte. Unser Viehmarkt, der ja Umschlagmarkt für ein großes Versorgungsgebiet ist, weist gegenüber dem vergangenen Jahre einen Rückgang sowohl im Antriebe als auch bezüglich der zu Schlachtwürden in Mannheim verbleibenden Viehs auf. Wir stellen die Septemberzahlen von 1921 und 1922 gegenüber. Zurich 1921: Großvieh 1636, Kälber 597, Schweine 186 pro Woche; September 1922: 1995, 553, 693 pro Woche. 1921 blieb ein Viertel des Großviehantriebes, ein Fünftel des Kälberantriebes und die Hälfte des Schweineantriebes in Mannheim, im September 1922 wurde nur ein Fünftel des Großviehantriebes und nur zwei Fünftel des Schweineantriebes hier geschlachtet. Eine ganz gewaltige Steigerung haben die Fleischpreise erfahren, gegenüber dem September letzten Jahres und dem gestrigen Markt läßt sich eine Preiserhöhung um 1000 bis 1200% feststellen. Dessen, die 200 000 Mark kosten, sind keine Seltenheit, ein Schlachtschwein wurde mit 100 000 Mark gehandelt. Ein Wagon Vieh repräsentiert heute einen Wert von mehreren Millionen Mark. Das wenigste kommt von Baden, der Rühmmer und Stuttgarter Markt, der Hamburger Markt sind fast am Antriebe beteiligt. Diese weiten Reisen gehen an der Preisbildung natürlich nicht spurlos vorüber. Man bedenke, daß ein Wagon Vieh von München 62 000 Mark, von Hamburg 88 000 Mark kostet, das macht auf das Stück 4000 Mark aus. Man kann ungefähr rechnen, daß auf dem Pfund Fleisch durchschnittlich 25 Mark Spesen ruhen.

Es ist gar keine Aussicht vorhanden, daß es auf dem Gebiete der Fleischpreise in absehbarer Zeit besser wird. Auf dem letzten Markt wurden die Schweine mit 210 Mark gehandelt, auf dem gestrigen Markt bereits mit 240 Mark. Man hat die Beobachtung gemacht, daß der letzte Marktpreis jeweils von den Bauern als Forderung für den Verkauf eines Schweines übernommen wird. Die Veröffentlichung der Marktberichte ist ein zweifelhaftes Geschäft, sie liefern die Grundlage zu unaufrichtigen Preistreibern. Aber ein Unterlassen dieser Berichte hätte wohl auch nicht den gewünschten Erfolg, denn dann müßte der Dollarkurs herhalten, was er ja jetzt schon in ungerechtfertigter Weise tut. Den Händlern und den

Messern ist dieser hohe Fleischpreis nicht angenehm, für die einen wächst damit das Risiko ins Unbegreifliche, den andern droht das betriebliehende Nachlassen der Kaufkraft der Verbraucher. Wir hatten im Frieden hier einen Fleischkonsum von etwa 2 Pfund pro Kopf und Woche, heute ist der Durchschnittskonsum auf 1 Pfund gesunken. So sagt die Statistik. Aber die Wirklichkeit zeigt noch ein viel bedenklicheres Bild, denn die Verdrängung der Kaufkraft ist in diese Rechnung einzustellen. Ein Teil der Bevölkerung ist viel mehr als 1 Pfund pro Woche. Auf den größten Teil der Festlosgelerten, der Angehörigen freier Berufe und vor allem auf die Klein- und Sozialrentner wird kaum ein halbes Pfund Fleisch und Wurst pro Woche entfallen, weil ihre Kaufkraft zu mehr nicht ausreicht. Vom gesundheitlichen Standpunkt aus betrachtet, ist das eine Erscheinung, die sich nicht mehr ungestört gestalten darf, soll nicht der Gesundheitszustand unserer Bevölkerung ernstlich gefährdet werden.

Das Gefrierfleisch hat bislang ja recht gute Dienste geleistet und regt in den Konsum eingegriffen. 300-400 Zentner Gefrierfleisch wurden im September immerhin erreicht, nachdem sich weitere Schichten der Bevölkerung davon überzeugt, daß es sich um hochwertiges einwandfreies Fleisch handelt, das im Preise billiger ist als Inlandsfleisch. Aber wie das nun bei dem jetzigen Dollarkurs werden soll? Das Gefrierfleisch muß in Dollar bezahlt werden. Das ganz ansehnliche Gefrierfleischlager, das die Hofjagd (Handels-Gesellschaft deutscher Fleischhändler, U. G.) und der Fleischverband U. G. in den Gefrierhallen des hiesigen Schlachthofs unterhalten, ist nicht etwa bereits gefaßtes und bezahltes Fleisch, sondern Kommissionware. Verderben wird es also wohl ein Ende haben mit dem billigen Gefrierfleisch, wenn nicht doch irgend eine zentrale Regelung gefunden wird, die es ermöglicht, das Gefrierfleisch konkurrenzfähig zu halten.

Die Beschäftigung erstreckte sich auch auf den Schlachthof selbst, auf die Gefrierhallen, die Viehhof- und Viehhallen des Schlachthofs. Von gar manchem Raum hieß es, daß er außer Betrieb sei. Wenn es mit den Fleischpreisen so weitergeht, werden die entlassenen Rinder bald noch viel größer werden.

### Bettelnde „Kriegsbeschädigte“

Auf Veranlassung der amtlichen Fürsorgestelle in Mannheim erschien unlängst in allen hiesigen Tageszeitungen ein Artikel mit der Ueberschrift „Bettelnde Kriegsbeschädigte“. Die am 5. Oktober abgehaltene Vertreterversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat von dem Artikel Kenntnis genommen und erklärt hierzu:

Auch der Reichsbund hat die Bekämpfung des Bettelwesens von jeher als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachtet. Wir sind daher auch im Großen und Ganzen mit dem Artikel einverstanden. Es muß jedoch als Uebeltrieb angesehen werden, wenn von der amtlichen Fürsorgestelle behauptet wird, kein Kriegsbeschädigter habe es nötig, den erniedrigenden Straßentitel auszuüben, die amtliche Fürsorgestelle würde im ausreichenden Maße für ihn sorgen. Die Fürsorgeorgane wissen selbst zur Genüge, daß mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vielen Kriegsopfern nicht ausreichend geholfen werden kann. Für die Bekämpfung der Bettelnden und fahrlässigen Bettelnden Kriegsbeschädigten sind wir jederzeit zu haben. Wir müssen jedoch erwarten, daß das Uebel bei der Wurzelerfassung wird, indem man den Kriegsopfern zunächst eine zeitweilige Rente sichert und die Bestimmungen der §§ 64/64 im Reichsversorgungsgesetz und des § 4 im Teuerungsmäßigengesetz ändert, nach welchem heute die arbeitswilligen Kriegsopfer für ihre Arbeitsleistung beim geringsten Einkommen durch Kürzung bezogen. Entzug der Rente bestrafte werden.

### Warnung vor Auswanderung Schlechte Aussichten für vermögenslose und stellenlose Einwanderer in Südamerika

Die Auswandererfürsorge für Frauen und Mädchen des Verbandes berufstätiger Frauen in Mannheim, D 5. 1. teilt uns mit:

Der Verein zum Schutze germanischer Einwanderer in Buenos Aires übermittelte uns am 5. September eine Warnung, die allen Auswanderungslustigen, deren Ziel Südamerika ist, vor Augen kommen sollte:

„In Beantwortung Ihres Beschlusses vom 7. August teilen wir Ihnen mit, daß wir niemanden anraten können, nach hier zu kommen; von allen Branchen sind hier genügend Personen vorhanden und greift man bei Bedarf hierauf zurück. Argentinien macht in Folge der weltwirtschaftlichen Krise die aller erbärmlichsten schlechtesten Zeiten durch und ruht Handel und Wandel vollständig, jedoch tausende hier bratlos herumlaufen und sich kümmerlich mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen müssen. Wir bitten daher jede Anfrage zur Auswanderung verneinend zu beantworten.“

Da die Anfragen gerade in letzter Zeit sich mehren, in denen Familien ihr Hab und Gut verkaufen, nur um die Fahrtkosten aufzubringen, und da wir die Meinung des Vereines zum Schutze germanischer Einwanderer von allen zuständigen Stellen bestätigt erhalten, fühlen wir uns gedrängt, der Wahrheit über die Lage in Argentinien Bahn zu brechen zu helfen. Die verlockenden Erklärungen, die von manchen Auswanderern in die Heimat geschickt werden, stammen meist von Kolonisten, die schon lange Jahre drüben sind. Bis zum letzten Jahre waren in der Tat die Aussichten auch noch besser. Aber wie die Verhältnisse heute sind, muß dringend

sucht. Die Leihgaben des historischen Museums zu Mannheim, des Ruppertsberger Museums zu Heidelberg und der Karlsruher Sammlungen schließen sich zu einem gewaltigen Bild der Stillebildungen in Mittelbaden zusammen.

Die Gefahr, sich ins einzelne zu verlieren, ist zu deutlich, um ihr nicht ausweichen zu können. Ich muß mich darauf beschränken, Namen für Werke von einigermaßen Wert sprechen zu lassen. Mit Freiburg und seinem herrlichen Münster ist für alle Zeit der Name Hans Baldung Grien verknüpft, mit Baden-Baden Christoph von Urad. Vom Bodensee bis an die Ufer der Oberrhein in Malerei und Plastik ein Geist, und Oberbaden ist zu jener hochgotischen Zeit der Ausdruck der deutschen Kunst überhaupt. In der Halle der Meister und Meisterkünstler geht mancher, gehen die meisten Namen für immer verloren. Aber was hätte ein Schongauer, ja selbst ein Grünewald, nur weil wir ihre Namen kennen, vor dem Meister von Meßkirch voraus, auf dessen Kreuzigung das Gold in unerschöpflicher Treue leuchtet?

Zum Bild, zur Wiedergabe von Plastik und Architektur tritt ergänzend das Buch Die Heidelberger Universitätsbibliothek hat einige beachtenswerte Bücher und Handschriften zur Verfügung gestellt. Nächst aus dem 15. und 16. Jahrhundert, eine Parzival-Handschrift des 15. Jahrhunderts, vermutlich aus der Hagener Schreiberstube, Franz Heims grandioses architektonisches Werk des 16. Jahrhunderts „Das Buch von den probierten Künsten“, das Landrecht des Sachsenspiegels und Schwabenspiegels aus dem 14. Jahrhundert, ein kostliches Brevarium mit Bildern des nachmaligen Salerniter Abtes Johannes I. († 1694). Auch die fürstliche Hofbibliothek zu Donaueschingen hat der Ausstellung manchen Schatz anvertraut. Ueberhaupt sind die fürstlich Fürstlichbergischen Sammlungen so reich und wertvoll vertreten, daß man ruhig von einer Sonderausstellung innerhalb der Gesamtveranstaltung sprechen darf. Die Fürstlichbergischen Institute für Kunst und Wissenschaft stehen mit den staatlichen badischen Einrichtungen zur Pflege der geistigen und idealen Güter auf gleich hoher Stufe. In mancher Beziehung, so für das Gebiet der heimatischen Geschichte und Kulturgeschichte, bilden die Sammlungen in Donaueschingen das wissenschaftliche Fundament. Die Bibliothek zählt gegenwärtig bei 150 000 Druckbänden über 500 Inkunabeln und weit über 1000 Handschriften, unter denen die Ribbingen-Handschrift C und die Zimmernsche Chronik zu den kostbarsten Stücken deutschen, beziehungsweise mittelhochdeutschen Handschriftenbestandes gehören. Unschätzlich des Reichs über die Jahres-Verammlung des Vereines Badischer Heimat in Donaueschingen (1921) wurde an dieser Stelle all dieser Schätze bereits gedacht und auch der Gemäldesammlung mit ihren staatlichen altsächsischen Beständen und des einzigartigen Kupferstichkabinetts (70 000 Blätter) nicht vergessen. Auch





